

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:406254-2013:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Hamburg: Werbekampagnen
2013/S 234-406254**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Freie und Hansestadt Hamburg
Gänsemarkt 36
Kontaktstelle(n): Finanzbehörde Hamburg
Zu Händen von: Samuel Küppers
20354 Hamburg
DEUTSCHLAND
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de
Fax: +49 40428231364

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>
Elektronischer Zugang zu Informationen: <http://www.hamburgische-buergerschaft.de>

Weitere Auskünfte erteilen: die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken: die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Finanzbehörde Hamburg
Gänsemarkt 36
Zu Händen von: Hauptgeschäftszimmer, Raum 100
20354 Hamburg
DEUTSCHLAND
E-Mail: ausschreibungen@fb.hamburg.de
Fax: +49 40428231364
Internet-Adresse: <http://www.hamburg.de/ausschreibungen>

I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

II.1) Beschreibung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Wahlmotivationskampagne.

II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**

Dienstleistungen

Dienstleistungskategorie Nr 13: Werbung

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg.

NUTS-Code DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

Laufzeit der Rahmenvereinbarung

Laufzeit in Jahren: 2

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**

Die Hamburgische Bürgerschaft plant eine Informations- und Motivationskampagne, die zum Ziel hat, unter Einbeziehung wichtiger Akteure die Wahlbeteiligung zu erhöhen und die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, ihr Wahlrecht wahrzunehmen.

Gegenstand der Ausschreibung ist die Motivationskampagne inkl. einer Dachmarke (auch für die Informationskampagne). Die Informationskampagne selbst ist jedoch nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

Hierfür wird eine Agentur gesucht, die folgende Aufgaben übernimmt:

- a) Entwicklung einer für mehrere Wahlen einsetzbaren Dachmarke zur Wahlmotivation und Information.
- b) Konzeption und Realisierung einer Wahlmotivationskampagne zu den Wahlen zur Bezirksversammlung und zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014, optional: Bürgerschaftswahl im Jahr 2015.
- c) Ansprache und Gewinnung von möglichen lokalen Partnern zur Steigerung der kommunikativen Reichweite.

Ausgeschrieben wird ein Rahmenvertrag für 2 Jahre für die kommunikative Betreuung der Wahlmotivationskampagne in diesem Zeitraum in Hamburg.

Besonderheiten:

Bei der Bezirksversammlungswahl 2014 und bei der Bürgerschaftswahl 2015 können erstmalig auch 16- und 17-Jährige wählen.

Für die Bezirksversammlungswahl sind die sieben Bezirke in insgesamt 54 Mehrmandatswahlkreise aufgeteilt.

Die Hamburgische Bürgerschaft legt besonders viel Wert auf kreative Ideen und ein überzeugendes Konzept, die sowohl eine breite Zielgruppe (wahlberechtigte Bürger und Bürgerinnen in Hamburg) als auch spezielle Teilzielgruppen (z. B. Erstwähler, Nichtwähler) ansprechen. Um eine möglichst große Wirkung zu erzielen, wird Wert auf aufmerksamkeitsstarke und mobilisierende Ideen gelegt, über die gesprochen und positiv im Sinne der Zielsetzung berichtet wird. Eine rein formelle Informationskampagne ist ausdrücklich nicht gewünscht.

Ziel ist vielmehr, dass die Aktivitäten der Landeszentrale für politische Bildung des Landeswahlamtes und in den Schulen ergänzt und miteinander verknüpft werden. Die Einbindung von Social Media-Kanälen und -Maßnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger thematisch involvieren, könnte hierbei ein wichtiger Aspekt sein, insbesondere zur Erreichung von Jung- oder Erstwählern.

Alle in der späteren Verhandlungsphase präsentierenden Agenturen erhalten eine einmalige pauschale Aufwandsentschädigung. Dies gilt nicht für die Agentur, die später den Zuschlag erhält.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

79341400

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Budgetrahmen: rund 400 000 EUR netto, inklusive Agenturhonorar und etwaige Fremdkosten (z. B. Produktions-, Mediakosten). In diesem Budget ist die Option nicht enthalten.

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Konzeption und Realisierung einer Wahlmotivationskampagne zur Bürgerschaftswahl im Jahr 2015.

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 18.2.2014. Abschluss 30.6.2014

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Zahlungen im Rahmen der VOL/B und der Vergabeunterlagen.

III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen**

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Die nachstehend geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise sind dem Teilnahmeantrag beizufügen. Das Fehlen oder die Unvollständigkeit auch nur einer der Unterlagen, Angaben, Erklärungen und Nachweise kann zum Ausschluss des Bewerbers vom weiteren Vergabeverfahren führen. Dies gilt ebenfalls für die unter III.2.2) und III.2.3) geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

a) Vorlage des ausgefüllten Teilnahmewettbewerbsformulars.

Dieses Teilnahmewettbewerbsformular enthält unter anderem:

Eigenerklärung zu schweren Verfehlungen,

Eigenerklärung über ein eventuelles Insolvenzverfahren,

Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung,
Falls zutreffend: Unterschriebene Erklärung Bietergemeinschaft,
Eigenerklärung zur Nichtanwendung der „Scientology“ Technologie von L. Ron Hubbard,
Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz

Hinweis: Dieses Teilnahmewettbewerbsformular ist über die E-Mail Adresse: ausschreibungen@fb.hamburg.de oder per Fax unter +49 40428231364 unter Angabe der Projektnummer 2013000110 abzufordern. Das ausgefüllte und unterschriebene Teilnahmewettbewerbsformular ist in Schriftform per Post oder Boten bei der in Anhang A.III) angegebenen Adresse einzureichen.

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eigenerklärung über die Umsätze der letzten 3 Geschäftsjahre des Bewerbers und der involvierten Agenturen bzw. von jedem Bewerber einer Bietergemeinschaft (falls zutreffend).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Mindestens ist ein Umsatz von insgesamt 1,5 Mio EUR in den letzten 3 Geschäftsjahren nachzuweisen.

Der AN haftet in vollem Umfang nach den einschlägigen vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Einschaltung von Nachunternehmern, Erfüllungsgehilfen und sonstigen Beauftragten haftet der AN für sämtliche Pflichtverletzungen so, als wenn er selbst tätig geworden wäre.

Außerdem hat der AN den AG und die Bedarfsstellen von sämtlichen Schadensersatzansprüchen Dritter freizuhalten, die im Zusammenhang mit einer Verletzung der vom AN nach dieser Leistungsbeschreibung übernommenen Pflichten gegen den AG oder die Bedarfsstellen geltend gemacht werden sollten.

Der AN verpflichtet sich, eine diese Haftung abdeckende Betriebshaftpflichtversicherung in folgender Höhe (je Schadensereignis) abzuschließen: Personen-/Sachschäden sowie sonstige Schäden: 500 000 EUR.

Der Nachweis eines entsprechenden Versicherungsvertrages sowie über die zuletzt gezahlte Versicherungsprämie ist innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung gegenüber dem AG zu erbringen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Nachweis von mindestens 3 aussagekräftigen Referenzbeispielen (Referenzcases) zu in den letzten 5 Jahren erbrachten Leistungen, die mit den vom Auftraggeber in Aussicht gestellten Aufgaben und ihren Teilaufgaben möglichst vergleichbar sind, inklusive der Nennung des jeweils zuständigen Agenturteams. Diese Referenzbeispiele sind nach der Relevanz aus Sicht der Agentur in absteigender Reihenfolge zu sortieren. Die wichtigsten drei Referenzbeispiele sind in dem Teilnahmewettbewerbsformular einzutragen und in einer Anlage (z. B. eigenes Booklet) darzustellen, die folgendes enthalten sollte: Aufgabe, Ziele, Lösung/Idee der Agentur, Beispiele der Umsetzung, ggf. Erfolge und beteiligtes Kernteam, Benennung des Kernteams inkl. beruflicher Qualifikation (siehe abzuforderndes Formular) für den hier gegenständlichen Auftrag. Weitere Referenzcases können als separate Anlage beigelegt werden.

III.2.4) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: nein

III.3.2) **Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal**

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Der Auftraggeber bildet eine Rangliste nach Vergleichbarkeit der eingereichten Referenzen mit dem vorliegenden Projekt. Dabei wird eine Referenz als umso vergleichbarer beurteilt, je stärker sich das Referenzprojekt und das vorliegende Projekt ähneln. Die Ähnlichkeit bestimmt sich insbesondere nach den nachfolgend angegebenen Kriterien:

a) Kompetenzen im Bereich crossmediale integrierte Kampagnen
b) Effiziente und kostengünstige Kampagnen zur Aktivierung und Involvierung von großen Zielgruppen (keine reine Absenderkommunikation, vielmehr zum Beispiel Nutzung viraler Effekte, PR- und/oder Social Media Ideen),

c) Gewinnung von Partnern (Medien, Unternehmen, Sponsoren) zur Unterstützung von Kommunikationskampagnen,

d) Referenz bezieht sich auf öffentlichen Auftraggeber,

e) Mitglieder des benannten Kernteams waren beteiligt (je mehr desto besser). Die Ähnlichkeit wird auf einer Skala von eins bis 10 bewertet, wobei 10 die höchste Punktzahl darstellt. Maßgebend für die Auswahl ist neben der Erfüllung aller formalen Anforderungen und Kriterien die erreichte Bewertung. Zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden mindestens drei, maximal 5 Teilnahmeanträge mit den höchsten Bewertungen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

2013000110

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags

nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

30.12.2013 - 10:00

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Bewerbungen und Angebote (§ 22 EG VOL/A).

Will sich ein Bewerber auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten berufen (z. B. einer Muttergesellschaft), sind die erforderlichen Nachweise und Erklärungen für den Dritten vorzulegen. Zudem ist darzulegen und nachzuweisen, wie gesichert ist, dass dem Bewerber im Auftragsfall die Leistungsfähigkeit des Dritten tatsächlich zur Verfügung steht. Ist der Bewerber aus einem stichhaltigen Grund nicht in der Lage, einen der nachfolgenden Eignungsnachweise vorzulegen, sind nach Möglichkeit andere geeignete Eignungsnachweise beizubringen. Darüber hinaus ist eine Erklärung abzugeben, aus der hervorgeht, aus welchem Grund die Vorlage des jeweiligen Nachweises nicht möglich ist.

Die Präsentationen der ausgewählten Bieter finden voraussichtlich in der 5. KW 2014 statt.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer bei der Finanzbehörde
Große Bleichen 27
20354 Hamburg
DEUTSCHLAND
Fax: +49 40428232020

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Gemäß § 107 Abs. 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

29.11.2013